

Rolle rückwärts in der Heimerziehung?

Neuunterbringungen in betreuten Wohnformen gehen 2004 weiter zurück

In den letzten Jahrzehnten ist das Feld der Hilfen zur Erziehung zweifelsohne nicht nur quantitativ größer, sondern zugleich auch vielfältiger geworden. Hierzu gehört etwa die beachtliche Ausweitung von familienunterstützenden und -ergänzenden Leistungen, z.B. die sozialpädagogische Familienhilfe oder auch die Tagesgruppenerziehung. Zugleich sind in diesem Zusammenhang jedoch auch Tendenzen einer Modernisierung von familienersetzenden Hilfen zu nennen. Dies gilt für die Vollzeitpflege (vgl. Jordan 2000) genauso wie vor allem auch für die stationäre Erziehungshilfe. Begleitet durch Schlagworte wie Dezentralisierung, Entinstitutionalisierung oder auch Individualisierung im Fachdiskurs (vgl. Wolf 1993), haben sich in der Praxis die Angebote der Fremdunterbringung differenziert und diversifiziert (vgl. Hansbauer 2003). Ob sich allerdings diese Entwicklung weiter fortsetzen wird, scheint – nimmt man die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu den begonnenen Hilfen – zumindest fraglich.

Rückgang bei den Hilfen in betreuten Wohnformen

Möglicherweise wird man rückblickend für Ende der 1990er-, Anfang der 2000er-Jahre von einer Trendwende mit Blick auf die Maßnahmen des betreuten Wohnens im Rahmen der Heimerziehung sprechen müssen. Diese Vermutung stützt sich auf die jüngsten Ergebnisse der amtlichen Statistik zu den in 2004 begonnenen Hilfen gem. § 34 SGB VIII. Die Angaben zeigen, dass nach einem Anstieg der innerhalb eines Jahres begonnenen Hilfen in betreuten Wohnformen – unterschieden wird in der Statistik zwischen Wohngemeinschaften und Einzelwohnungen – von 1991 bis 2001 auf knapp 6.000 Fälle im Jahr 2004 nur noch ca. 4.800 Hilfen registriert werden. Dies entspricht einem Rückgang von rund 20%. Im gleichen Zeitraum hat sich die Gesamtzahl der begonnenen Hilfen gem. § 34 SGB VIII lediglich um 9% verringert (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Entwicklung der begonnenen Hilfen gem. § 34 SGB VIII insg. und in betreuten Wohnformen (Deutschl.; 2001 u. 2004)

	Zahl der Neufälle gemäß § 34 SGB VIII		% -Anteil der betreuten Wohnf. an insgesamt
	insgesamt	in betreuten Wohnf.	
2001	29.602	5.985	20,2
2004	26.934	4.783	17,8
Entw.	-9,0%	-20,1%	/

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Entsprechend hat sich der Anteil dieser Hilfen an den Maßnahmen gem. § 34 SGB VIII insgesamt von rund 20% auf unter 18% reduziert. Zuvor war dieser Wert in den 1990er-Jahren von etwa 8% auf knapp 21% im Jahre 1999 gestiegen.

Der aktuelle Trend ist nicht, wie man zunächst vermuten könnte, auf eine mögliche Veränderung der Altersstruktur hin zu jüngeren Kindern zurückzuführen. Vielmehr gilt der gleiche Befund auch für die Gruppe der 15- bis unter 21-Jährigen, also für die, die am häufigsten in dieser Unterbringungsform leben. Stieg der Anteil betreuter Wohnformen für diese Altersgruppe bis Ende

- Die Zahl der Neuunterbringungen in betreuten Wohnformen ist um 20% zurückgegangen.
- 75% der Neufälle im betreuten Wohnen werden in Wohngemeinschaften gezählt.
- Jugendämter begrenzen Unterbringungen für Jugendliche und vor allem junge Erwachsene bzw. suchen und finden Alternativen.

der 1990er-Jahre an allen Neuhilfen gem. § 34 SGB VIII von 19% auf 37%, so hat sich seither dieser Wert auf 30% reduziert.

Rückgang im Osten höher als im Westen

Bundesweit wurden 2004 knapp 18% der Neufälle gem. § 34 SGB VIII in betreuten Wohnformen begonnen. Erwartungsgemäß liegt dieser Wert in den

Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ^{Stat}, gefördert durch das BMFSFJ und MGFFI NW

Editorial

Anfang Oktober wird mit dem In-Kraft-Treten des KICK die letzte Etappe einer nach Meinung der meisten Experten/-innen notwendigen Modernisierung des Kinder- und Jugendhilfe-rechts zurückgelegt sein. Dies gilt auch für ein zentrales Instrument der empirischen Dauerbeobachtung in der Jugendhilfe, der amtlichen Statistik. Nicht nur werden ab 2006 jährlich Angaben zu den Kindern in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege erhoben, wie uns Franz-Josef Kolvenbach vom Statistischen Bundesamt in dieser Ausgabe erläutert, sondern auch wird – ab 2007 – die Erfassung zu den Leistungen der Hilfen zur Erziehung wesentlich verbessert.

KomDat jetzt kostenfrei

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird zukünftig die Kosten für die Verteilung von Kom^{Dat} übernehmen. Damit steht der Informationsdienst der AKJ^{Stat} allen Interessierten in Praxis, Politik und Wissenschaft kostenfrei zur Verfügung. Ab sofort können Sie Kom^{Dat} als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung beziehen. Wenn Sie Kom^{Dat} noch nicht regelmäßig erhalten und Interesse haben, teilen Sie es uns mit.

Inhalt

Schwerpunktthemen

Rolle rückwärts in der Heimerziehung? . . .	1
Kinderbetreuung in Deutschland am Wendepunkt?	2

Fremdbeitrag

Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung ab 2006	4
---	---

Kurz und prägnant

Visionen nicht ohne Daten	5
Ost-West-Unterschiede beim Bezug von Erziehungsgeld	5

Notizen

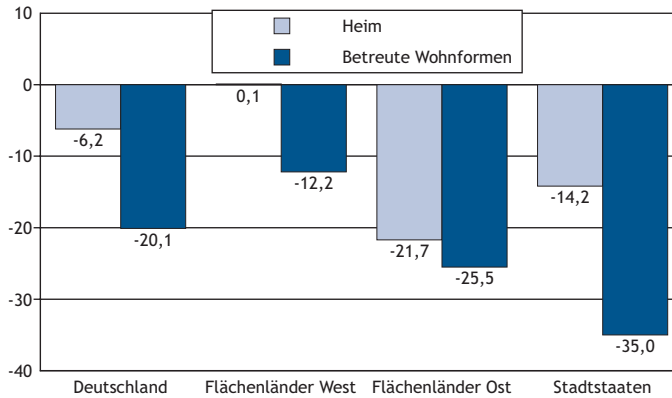
Statistische Ämter, Neues aus der Arbeitsstelle	6
---	---

Stadtstaaten mit 26,5% höher als für die Flächenländer mit einem Wert von nicht ganz 16% für den Westen sowie ca. 19% für den Osten. In einem Ländervergleich – ohne die Stadtstaaten – schwankt der Anteil der betreuten Wohnformen an der Zahl der Neufälle gem. § 34 SGB VIII insgesamt zwischen 12,6% in Hessen, gefolgt von 13,0% im Saarland sowie in Sachsen-Anhalt einerseits und 27,1% in Sachsen andererseits.

In der zeitlichen Entwicklung ist die Zahl der Neufälle zwischen 2001 und 2004 im Osten stärker gesunken als im Westen. Beträgt der Rückgang in den westlichen Flächenländern 12,2%, so liegt dieser in den östlichen bei 25,5% (vgl. Abb. 1). Stellt man diesen Trend bei den betreuten Wohnformen dem bei den eher ›klassischen Heimunterbringungen‹ gegenüber, so zeigt sich, dass im Westen die Veränderungen weit weniger dramatisch sind. Während bei den Neufällen das betreute Wohnen an Bedeutung verliert, bleibt die Zahl der Unterbringungen in Heimen nahezu unverändert.

Noch deutlicher als in den Flächenländern fällt der Rückgang bei den betreuten Wohnformen für die Stadtstaaten aus. Zwischen 2001 und 2004 hat sich hier die Zahl der Neuunterbringun-

Abb. 1: Entwicklung der begonnenen Hilfen gem. § 34 im Heim und in betreuten Wohnformen zwischen 2001 und 2004 (in %)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

gen – und hier sind die Entwicklungen in Hamburg und insbesondere Berlin maßgeblich – um 35% reduziert.

Rückgang – ein Ergebnis gezielter Steuerung?

Bei der Suche nach Gründen für die aufgezeigte Entwicklung können demografische Veränderungen oder auch abnehmende Belastungen für die sozioökonomischen Lebenslagen von jungen Menschen und deren Familien als ausschlaggebende Faktoren ausgeschlossen werden. Auch ist nichts über ein statistisches Artefakt bekannt, das mit den dargestellten Trends zusammenhängen könnte.

Wenn all dies jedoch nicht zutrifft, müssen die Entwicklungen mit Veränderungen auf der kommunalen Ebene zusammenhängen. Konkret: Es ist davon auszugehen, dass die empiri-

schen Befunde aus Steuerungsstrategien und -aktivitäten der Jugendämter resultieren.

Welche das nun im Einzelnen sind, kann mit Hilfe der amtlichen Statistik nicht genauer benannt werden. Folgt man jedoch kommunalen Erfahrungsberichten, so könnten für die Ergebnisse mindestens zwei, sich gegenseitig keineswegs ausschließende Ausgangspunkte für die Entwicklung und Umsetzung von Gestaltungsoptionen verantwortlich sein: erstens eine restriktivere Hilfestellung im Allgemeinen sowie für die Gruppe der jungen Volljährigen – als eine der zentralen Klientelgruppen von betreuten Wohnformen – im Besonderen (vgl. Merchel 2004). Darauf verweist der Befund, dass zwischen 2001 und 2004 die Zahl der begonnenen Hilfen bei den 15- bis unter 18-Jährigen um etwa 17%, bei den jungen Volljährigen jedoch um über 30% zurückgegangen ist.

Denkbar sind zweitens aber auch Veränderungen bei der Benennung und Ausgestaltung von ›neuen‹ Hilfeangeboten. Das Spektrum reicht dabei von einer eher formalen ›Umetikettierung‹ ein und derselben Hilfe bis hin zur Schaffung von alternativen, stadtteilorientierten Angeboten innerhalb und außerhalb des Leistungsspektrums der Hilfen zur Erziehung (vgl. Cobus-Schwertner).

Jens Pothmann

Kinderbetreuung in Deutschland am Wendepunkt?

Ergebnisse aus der »DJI-Kinderbetreuungsstudie« 2005

Basis der vom BMFSFJ geförderten Studie zur Kinderbetreuung in Deutschland, die vom Deutschen Jugendinstitut unter Beteiligung der Dortmunder Arbeitsstelle (AKJ^{Stat}) durchgeführt wurde, ist eine bundesweite Telefonstichprobe in Privathaushalten, in denen Kinder bis 6 Jahren leben. Zwischen November 2004 und Februar 2005 wurden von INFAS etwa 8.000 Mütter und Väter mit ca. 13.700 Kindern bis 6 Jahren – einschließlich der Geschwister bis zum Alter von 14 Jahren – befragt. Die Studie rückt dabei u.a. zeitliche, strukturelle, organisatorische und finanzielle Aspekte der Kinderbetreuung, Zukunftsinteressen der Eltern, die Qualität der Betreuung, Familienfreundlichkeit der Betriebe und betriebliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt.

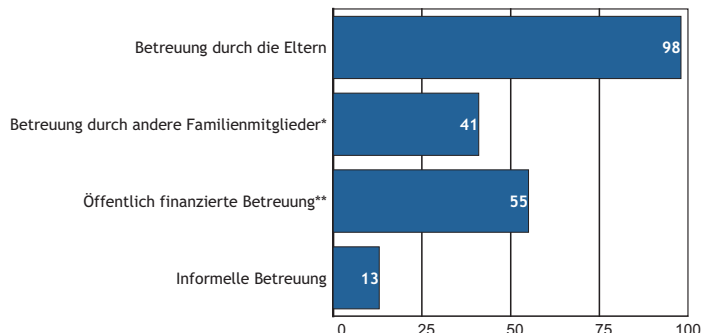
Für jedes zweite Kind bis zu 6 Jahren gehört öffentliche Kinderbetreuung zum Alltag

Neben der Betreuung durch die Eltern sind in den ersten sechs Lebensjahren

Formen der öffentlich organisierten Kinderbetreuung bundesweit zu einer ›festen Größe im Betreuungsmix‹ der Familien geworden. Für knapp 55% der noch nicht zur Schule gehenden Kinder in

den befragten Familien gehört dies mehr oder weniger selbstverständlich zu ihrem Alltag. Damit werden Formen der öffentlich organisierten Kinderbetreuung häufiger in Anspruch genom-

Abb. 1: Inanspruchnahme familiärer, öffentlich finanzierter u. informeller Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige in Deutschland (in %)



* In dieser Kategorie mit enthalten sind die Großeltern mit einem Anteil von 35,6% bezogen auf alle Kinder zwischen 0 und 6 Jahre.

** Zusammengefasst werden hier Kindertageseinrichtungen und die »öffentliche Tagespflege«.

Quelle: DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005

men als familiäre (41%) oder erst recht als andere informelle Netzwerke (13%) (vgl. Abb. 1).

Die Inanspruchnahme der öffentlichen Kinderbetreuung steigt mit dem Alter

Die Inanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuungsangebote ist von vielen Faktoren abhängig (vgl. Fuchs 2005), nicht zuletzt vom verfügbaren Angebot und vom Alter der Kinder. So zeigt sich für die Bundesrepublik insgesamt, dass mit zunehmendem Alter der Kinder auch die Inanspruchnahme öffentlicher Betreuungsangebote steigt. Allerdings geschieht dies in Ost- und Westdeutschland bis zum vierten Lebensjahr in deutlich unterschiedlichem Umfang.

Im Westen besuchen 4,3% der 1- bis unter 2-Jährigen und 16,7% der 2- bis unter 3-Jährigen eine Kindertageseinrichtung (vgl. Tab. 1); bei den 3- bis unter 4-Jährigen sind dies 72,6%. Dieser Wert steigt bei Kindern ab 4 Jahren auf mehr als 90% pro Altersjahrgang.

In den ostdeutschen Ländern zeigen sich ähnliche Größenverhältnisse. Allerdings setzt der Besuch dort für weit aus mehr Kinder früher ein: So gehen bereits 31,2% der 1- bis unter 2-Jährigen und 77,4% der 2- bis unter 3-Jährigen in

eine Einrichtung; auch bei den 3- bis unter 4-Jährigen liegt die Inanspruchnahme höher als im Westen.

Die zahlenmäßig in beiden Landesteilen deutlich geringer in Anspruch genommene öffentliche Tagespflege findet sich insbesondere bei den 1- bis unter 3-Jährigen, während sie im Kindergartenalter keine

Rolle spielt. Etwas überraschend wird die öffentliche Tagespflege in Ostdeutschland häufiger in Anspruch genommen als im Westen; hier überwiegen die »privat regulierten« Einzelbetreuungen.

Ging man bislang davon aus, dass für unter 3-Jährige vor allem Tagespflege ein attraktives Angebot darstellt, so legen die Befragungsergebnisse auch nach Auffassung des 12. Kinder- und Jugendberichts den Schluss nahe, dass bei einer insgesamt verbesserten Betreuungssituation für die Jüngsten sowohl Tageseinrichtungen als auch Tagespflege verstärkt nachgefragt wird (vgl. BMFSFJ 2005).

Ausbau der »U3-Betreuung« hat bereits begonnen

Die DJI-Kinderbetreuungsstudie bestätigt die ungleiche Verteilung öffentlicher

Kinderbetreuung insbesondere für die unter 3-Jährigen zwischen Ost und West. Lässt man die öffentliche Tagespflege einmal beiseite, so besuchen im Westen 7,7% der genannten Altersgruppe eine Kindertageseinrichtung, in Ostdeutschland hingegen 37,7%.

Stellt man jedoch die aktuellen Befunde der Betreuungsstudie früheren Ergebnissen des Mikrozensus (2003), der Kinder- und Jugendhilfestatistik (2002) sowie des sozio-oekonomischen Panels (2000) gegenüber, so zeichnet sich dahinter eine Zunahme der institutionellen Betreuungskapazitäten ab. Bei aller Unterschiedlichkeit der genannten Datenquellen und den daraus resultierenden methodischen Schwierigkeiten zeigt sich immerhin ein Anstieg der unter 3-Jährigen-Betreuung in Kindertageseinrichtungen von 3,7% im Jahre 2000 auf zuletzt 7,7% Anfang 2005. Diese Entwicklung wird zwar nicht für alle westdeutschen Kommunen gelten, jedoch ist der Trend unübersehbar: Der Ausbau der öffentlichen Betreuungskapazitäten für unter 3-Jährige hat begonnen.

Sandra Fendrich/Jens Pothmann

In diesem Heft verwendete Literatur

- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Berlin 2003.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, Berlin 2005.
- Cobus-Schwertner, I.: Erziehungshilfen im Netzwerk sozialer Institutionen und Angebote, in: V. Birtsch u.a. (Hg.), Handbuch Erziehungshilfen, Münster 2001, S. 175-196.
- Fuchs, K.: Wovon der Besuch einer Kindertageseinrichtung abhängt ...!, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hg.), Kinder- und Jugendhilfereport 2, Weinheim und München 2005, S. 157-173.
- Hansbauer, P.: Das Ende der Gruppe? Heimerziehung im Rahmen von Ambulantisierung, Differenzierung und Diversifizierung, in: J. Hast u.a. (Hg.), Heimerziehung im Blick, Frankfurt a.M. 2003, S. 114-122.
- Jordan, E.: Pflegefamilie – Profile, Entwicklungen, Qualifizierungsbedarfe, in: BMFSFJ (Hg.), Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Stand und Perspektiven der Jugendhilfe in Deutschland. Band 1, Münster 2000, S. 230-255.
- Merchel, J.: Erziehungshilfen im Steuerungs-dilemma, in: Sozial Extra, 2004, Heft 5, S. 28-33.
- Wolf, K.: Veränderungen der Heimerziehungspraxis: Die großen Linien, in: ders. (Hg.), Entwicklungen in der Heimerziehung, Münster 1993, S. 12-64.

Tab. 1: Inanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuung nach dem Alter der Kinder (in Jahren) in West- und Ostdeutschland (in % der Kinder insgesamt)

Alter	0 < 1	1 < 2	2 < 3	3 < 4	4 < 5	5 < 6	6 < 7
Westdeutschland							
Kita	0,8	4,3	16,7	72,6	90,5	90,2	88,3
ÖTP ¹	0,6	2,2	2,2	1,5	0,6	0,6	0,3
Ostdeutschland							
Kita	4,7	31,2	77,4	93,9	96,4	94,8	100
ÖTP ¹	0,0	6,5	3,6	1,2	0,0	0,0	0,0

¹ ÖTP = Öffentlich organisierte Tagespflege

Quelle: DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005

Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung ab 2006

Nachdem der Bundesrat Anfang Juli 2005 dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfe-weiterentwicklungsgesetz – KICK) einstimmig zugestimmt hat, gibt es zahlreiche Ergänzungen und Erweiterungen für die Kinder- und Jugendhilfestatistiken. Eine wesentliche Änderung betrifft die Kindertagesbetreuung: Ab 2006 werden jährlich Angaben zu Kindern, die in Einrichtungen gefördert werden, zu Kindern in Kindertagespflege, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, sowie zu Kindertagespflegepersonen erhoben. Das KICK wird zum 1. Oktober 2005 in Kraft treten (vgl. Info-Kasten).

In Einrichtungen geförderte Kinder

Angaben zur Kindertagesbetreuung liegen in der amtlichen Statistik für Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und altersgemischte Einrichtungen vor. Im Abstand von vier Jahren – zuletzt 2002 – wurden Angaben über die Einrichtungen, die Zahl der genehmigten Plätze sowie zu den tätigen Personen erhoben. Daten zu den dort geförderten Kindern gehörten nicht zum Erhebungsprogramm. Diesem zunehmend als Mangel empfundenen Umstand trägt das KICK Rechnung, indem es eine Erweiterung der Erhebung um Angaben über die geförderten Kinder vorsieht.

Erhebungsmerkmale

Für die Kinder werden persönliche Merkmale, die Dauer der täglichen Betreuung sowie ein eventueller erhöhter Förderbedarf gemäß dem Achten bzw. Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, sofern entsprechende Maßnahmen in der Kindertageseinrichtung erbracht werden, erfragt. Ferner werden Angaben zum Schulbesuch erhoben. Die Erhebung ist als Individualerhebung angelegt, d.h., die entsprechenden Angaben werden für jedes einzelne geförderte Kind erfragt.

Eine weitere Änderung in dieser Erhebung betrifft die Angaben zum Personal in den Einrichtungen. Zukünftig werden die Angaben über Berufsausbildungsabschluss, Arbeitsbereich,

vertraglich vereinbarte Wochenstunden und Stellung im Beruf nur für das pädagogische und mit Verwaltungsaufgaben beschäftigte Personal auszufüllen sein.

In der erweiterten Form wird diese Erhebung erstmals zum Stichtag 15. März 2006 durchgeführt und ab dann in jährlichem Abstand.

Neue Statistik zur Kindertagespflege

Kindertagespflege ist ein Bereich, über den kaum systematisch gesammelte Informationen vorliegen. Ab 2006 werden in der amtlichen Statistik jährlich Angaben zu Kindern in mit öffentlichen Mitteln geförderter Kindertagespflege sowie über Tagesmütter und Tagesväter erhoben.

»Förderung mit öffentlichen Mitteln« bezieht sich dabei nicht ausschließlich auf die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegepersonen. Nach § 23 SGB VIII ist öffentliche Förderung weiter gefasst. Danach werden z.B. auch solche Kinder zur Statistik gemeldet, bei denen das Jugendamt (nur) die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson und/oder die Beratung der Kindertagespflegeperson oder der Eltern übernommen hat. Auch sind spezielle, im Landesrecht vorgesehene, Förderungen mit öffentlichen Mitteln zu berücksichtigen.

Die Angaben zu den Kindern und zu den Kindertagespflegepersonen werden mit je einem gesonderten Erhebungsbogen erfasst. Zu den Kindern werden die gleichen Merkmale erhoben wie bei den in Einrichtungen geförderten Kindern. Fragen zum Umfang der öffentlichen Finanzierung sowie zu einer zusätzlichen Tagesbetreuung runden den Erhebungsbogen ab.

Zu den Tagespflegepersonen werden persönliche Merkmale und ihre Qualifikation für die Kindertagespflege erfragt, z.B., ob die Tagespflegeperson über einen fachpädagogischen Berufsausbildungsabschluss verfügt und ob sie einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege abgeschlossen hat. Weiter wird die Zahl der betreuten Kinder sowie der Ort, an dem die Betreuung erfolgt, erfragt.

Zur Statistik melden die Jugendämter und diejenigen Gemeinden, die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe eigenständig wahrnehmen.

Ausbaustand des Angebots an Kindertagesbetreuung

Auch über das Gesamtangebot an Plätzen der Kindertagesbetreuung wird erstmals zum 15. März 2006 eine Erhebung durchgeführt. Damit wird der Ausbaustand des Angebots an Kindertagesbetreuung in den Kommunen dokumentiert, die ein den gesetzlichen Kriterien (§ 24 Abs. 3 SGB VIII) entsprechendes Angebot an Tagesbetreuungsplätzen für unter 3-Jährige erst bis Oktober 2010 schaffen.

Die Ergebnisse dieser neuen Erhebungen liefern zusammengenommen ein umfassendes Bild über die Situation der Kindertagesbetreuung in Deutschland. Vollständig ist dieses Bild aber (noch) nicht, da Kindertagespflegeverhältnisse ohne Beteiligung eines Jugendamtes nach wie vor nicht statistisch erfasst werden (können).

Weitere Informationen zu Inhalt und Ablauf der neuen Erhebungen sowie zu weiteren Änderungen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken durch das KICK erhalten Sie beim Statistischen Bundesamt: Tel.: 01888/644-8152, E-Mail: jugendhilfe@destatis.de

Franz-Josef Kolvenbach,
Statistisches Bundesamt

Im Bundesgesetzblatt vom 13.09.2005 wurde das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfe-weiterentwicklungsgesetz – KICK) vom 08.09.2005 verkündet. Gemäß Artikel 4 des Gesetzes treten damit die neuen Rechtsvorschriften zum 01.10.2005 in Kraft. Dies gilt nicht für die Regelungen zur veränderten Erfassung der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen. Diese werden zum 01.01.2007 in Kraft treten. Der Gesetzestext kann unter www.bundesanzeiger.de heruntergeladen bzw. nachgelesen werden.

Visionen nicht ohne Daten

[ms] Der 12. Kinder- und Jugendbericht (12. KJB) zum Thema »Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule« hat im Zuge seiner Veröffentlichung Ende August ein breites Medien-echo gefunden. Zwei Tage wurden zentrale Forderungen der Berichtskommission in Presse, Funk und Fernsehen prominent verbreitet: deutliche Ausweitung der Angebote für unter 3-Jährige, Betonung des Bildungscharakters der Tageseinrichtungen, Rechtsanspruch auf einen Platz ohne Altersbeschränkung ab 2010, Verbesserung und Anhebung der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte, mehr Ganztagsplätze vom Kindergarten bis zur Pubertät.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht ist bislang als PDF-Datei auf den Internetseiten des BMFSFJ verfügbar; eine Printversion wird in den nächsten Wochen als Bundestagsdrucksache erscheinen (www.bmfsfj.de/Politikbereiche/kinder-und-jugend).

Hervorzuheben ist, dass zentrale Aussagen des Berichts auf umfangreichen empirischen Analysen basieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Wenn es beispielsweise um eine empirisch fundierte Abschätzung der bisherigen Entwicklungen in Tageseinrichtungen für Kinder, aber auch der Kinder- und Jugendarbeit geht (ein Thema, das die Presse kaum aufgegriffen hat), sind vielfältige statistische Berechnungen in den 12. KJB eingeflossen.

Aus der Analyse zu den Fachkräften in Tageseinrichtungen wird z.B. die Forderung abgeleitet, dass zumindest die Leitungskräfte in den Tageseinrichtungen zukünftig über eine Hochschulbildung verfügen sollten. Und für die Kinder- und Jugendarbeit konnte aufgezeigt werden, dass trotz der Zuständigkeit für prinzipiell alle Kinder und Jugendlichen verhältnismäßig wenig öffentliche Mittel und damit wenig Personal zur Initiierung und Vertiefung von informellen Bildungsprozessen eingesetzt werden.

Die Sachverständigenkommission bleibt allerdings nicht bei einer kritischen Analyse der Vergangenheit stehen. Sie entwickelt Zukunftsszenarien, die jeweils auf Kostenberechnungen unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen beruhen.

Insgesamt wird im 12. KJB deutlich, dass die Fachanalysen auf der Basis der amtlichen Statistik weiterhin an Bedeutung gewinnen und in den weiteren Debatten zu mehr Sachlichkeit beitragen. Dies ist mit darauf zurückzuführen, dass die Daten inzwischen über das Statistische Bundesamt erheblich einfacher und differenzierter verfügbar sind, die technischen Voraussetzungen für die statistischen Analysen sich verbessert haben, aber auch, dass sich in der Fachöffentlichkeit mehr und mehr die Überzeugung durchsetzt, dass statistische Analysen ebenso zur Beobachtung der Kinder- und Jugendhilfe gehören wie konzeptionelle Überlegungen und Visionen.

Ost-West-Unterschiede beim Bezug von Erziehungsgeld

[sf] Erziehungsgeld stellt ein wichtiges Element im Leistungskatalog des Familienlastenausgleichs dar. Die Anträge zum Erziehungsgeld werden, wie auch die Anträge zur Elternzeit, gem. § 23 Abs. 1 Bundeserziehungsgeldgesetz jährlich statistisch erfasst; ausgewertet stehen die Daten der Erziehungsgeldstatistik bis zum Jahr 2003 zur Verfügung.

2003 wurden bundesweit 647.031 Erst- und 408.318 Zweitanträge auf Erziehungsgeld bewilligt. Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz betragen dabei 3,17 Mrd. EUR.

Mit Blick auf die beiden Landesteile lassen sich deutliche Unterschiede in der Inanspruchnahme der Leistung ausmachen: Während in Westdeutschland die Quote der bewilligten Anträge in Bezug auf die Lebendgeburten 91,6% beträgt, sind es in Ostdeutschland nahezu 100%. Hinsichtlich der in 2003 bundes-

weit 408.318 bewilligten Zweitanträge zeigt sich diese Differenz noch deutlicher: Im Westen liegt die Quote der bewilligten Zweitanträge 2003 in Bezug auf die Lebendgeburten 2002 bei 55,4%, in Ostdeutschland bei 72,8%. Ein Grund für diese Differenz dürfte sein, dass in Ostdeutschland mehr Antragstellende unter der festgelegten Einkommensgrenze zur Inanspruchnahme von Erziehungsgeld liegen.

Dies zeigt sich auch mit Blick auf die vom Einkommen abhängige Bezugsdauer von Erziehungsgeld: Während in Ostdeutschland 90,3% der Empfänger/-innen von Erziehungsgeld über den 6. Lebensmonat des Kindes hinaus anspruchsberechtigt sind, also die niedriger liegenden Einkommensgrenzen ab dem 7. Lebensmonat nicht überschritten werden, beträgt dieser Wert für Westdeutschland 76,5%.

Unterschiede offenbaren sich auch bei der Inanspruchnahme von Erziehungsgeld als Regelbetrag in Höhe von 307 EUR sowie dem höheren Budgetbetrag von 460 EUR monatlich. Beim Regelbetrag kann der Anspruch auf Erziehungsgeld bei Vorliegen der Voraussetzungen bis zum 24. Lebensmonat des Kindes gezahlt werden, bei der Budgetform bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes. Während 90,3% der Anspruchsberechtigten im Westen Erziehungsgeld als Regelbetrag erhalten, sind es in Ost nur 77,0%. Ein Grund hierfür könnten unterschiedliche Ansprüche an die Erwerbsbeteiligung sein, so dass Eltern bzw. insbesondere Mütter, die hauptsächlich Erziehungsgeld beantragen (97%), in Ostdeutschland auch auf Grund der dort langen Tradition der Erwerbstätigkeit von Frauen eine rasche Rückkehr in den Beruf planen. Hinzu kommt, dass ostdeutsche Frauen mit jüngeren Kindern zu einem höheren Anteil erwerbstätig sind als westdeutsche Frauen (vgl. BMFSFJ 2003).

Der statistische Bericht zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit des Jahres 2003 kann auf den Internetseiten des BMFSFJ heruntergeladen werden (www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/statistik-berzgg-2003.pdf).

8. Jahrgang

Herausgeber:
Prof. Dr. Th. Rauschenbach
Redaktion:
Jens Pothmann
Matthias Schilling
Sandra Fendrich

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich



Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}
Universität Dortmund
FB12/Forschungsverbund DJI/UniDo
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78,
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557 o. -5556

Fax: 0231/755-5559

www.akj-stat.fb12.uni-dortmund.de

E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:

Die Ausgaben von Kom^{Dat} sind ab 2005 kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz: AKJ^{Stat}

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Statistische Ämter

Die Erhebungsergebnisse 2004 der Statistiken zur Kinder- und Jugendhilfe werden seit Ende Juli veröffentlicht. Den Anfang gemacht haben die Ergebnisse zu den vorläufigen Schutzmaßnahmen. Mittlerweile liegen weitere amtliche Daten zu Betreuungshilfen, Erziehungsbeistandschaften und Maßnahmen der sozialen Gruppenarbeit genauso vor wie Angaben zu den sozialpädagogischen Familienhilfen, den Maßnahmen in der Tagesgruppenerziehung sowie den Fremdunterbringungen im Rahmen von Pflegefamilien und Einrichtungen der Heimerziehung. Die Ergebnisse werden im Internet auf den Seiten des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht und kostenfrei zur Verfügung gestellt (www.destatis.de/shop).

Abgesehen von dem anhaltenden Rückgang bei den Neufällen im Rahmen des betreuten Wohnens (vgl. S. 1f. in diesem Heft) sind zentrale Ergebnisse der aktuellen Zahlen der nach wie vor ungebrochene Anstieg der ambulanten Hilfen. Dies gilt sowohl für Erziehungsbeistandschaften und Maßnahmen der sozialen Gruppenarbeit als auch insbesondere für die sozialpädagogische Familienhilfe. Weiter rückläufig sind hingegen die Angaben zur Inobhutnahme. Zwischen 2003 und 2004 hat sich die Zahl der Fälle von etwas mehr als 27.200 auf rund 25.700 um ca. 5% verringert.

Neues aus der Arbeitsstelle

Rauschenbach, Th./Schilling, M. (Hg.): Kinder- und Jugendhilfereport 2. Analysen, Befunde u. Perspektiven, Weinheim und München 2005.

Regelmäßig gibt die AKJ^{Stat} den Kinder- und Jugendhilfereport heraus. Der Kinder- und Jugendhilfereport 2 ist jetzt im Buchhandel für 19 EUR erhältlich (ISBN 3-7799-1113-2). Erstmals wird in den Beiträgen des Sammelbandes neben den zentralen Grundanalysen auch auf Datenquellen neben der Kinder- und Jugendhilfestatistik zurückgegriffen. Der Band ist geeignet für alle an der Ent-

wicklung der Kinder- und Jugendhilfe Interessierten und wichtig für Planer/-innen, Qualitätsentwickler/-innen und Verantwortliche in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Deutsches Jugendinstitut e.V.: Zahlenspiegel 2005. Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik (in Zusammenarbeit mit der AKJ^{Stat}), München 2005.

Das Deutsche Jugendinstitut hat in Kooperation mit der AKJ^{Stat} den Zahlenspiegel 2005 zur Kindertagesbetreuung in Deutschland vorgelegt. Das Themenspektrum reicht von der Angebotsituation sowohl in Kindertageseinrichtungen als auch der Tagespflege über die Inanspruchnahme von Plätzen bis hin zu Angaben über Personal und Trägerschaft. Ferner werden Stand und Entwicklung der rechtlichen Grundlagen und Entwicklungen genauso erörtert wie die Frage von Bedarfsfaktoren. Der Zahlenspiegel 2005 ist kostenfrei über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu beziehen (www.bmfsfj.de).

Schilling, M./Pothmann, J./Fischer, J.: HzE Bericht 2003. Inanspruchnahme und Gewährung von Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen, Dortmund u.a. 2005.

In der Fortsetzung des landesweiten Berichtswesens zu den Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen hat die AKJ^{Stat} im Auftrag der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe sowie in Zusammenarbeit mit den kommunalen Jugendämtern sowie dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik den HzE Bericht 2003 veröffentlicht. Damit ist die fünfte Ausgabe im Rahmen eines landesweiten Berichtswesens zu den Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen erschienen. Der HzE Bericht 2003 kann genauso wie die vorangegangenen Ausgaben kostenfrei auf den Internetseiten sowohl des Landschaftsverbandes Rheinland (www.lvr.de) als auch des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (www.lwl.org) heruntergeladen werden.